

Einschreiben mit Rückschein

**Roy Erismann
Postlagernd
Poststelle 22 Fraumünster
8022 Zürich**

**Vereinigte Bundesversammlung
Bundeshaus
3003 Bern**

Referenz:

Zürich, 10. November 2015

An die Vereinigte Bundesversammlung vom 9. Dezember 2015

Bundesratswahlen

Geschätzter Nationalrat und Ständerat,
sehr geehrte Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung,

Am 9. Dezember 2015 sind Bundesratswahlen. Sind alle Bundesratssitze neu zu besetzen?

Sie werden am 9. Dezember 2015 darüber befinden ob in der Schweiz die Chemische und Elektronische Kriegsführung gegen Leib und Leben der Strafverfolgung zu unterstellen sind. Hierzu ist vom Bundesrat eine Verordnung zu erstellen welche den Schweizer Kantonen festschreibt wie diese Strafuntersuchungen zu führen haben wenn Straftaten mittels dieser modernsten Militärtechnik an Zivilpersonen erfolgen. Eine vom Bundesrat zu erstellende Verordnung ist hierfür unabdingbar.

Dem Grundsatz folgend das vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind hat die Nationalität einer Täterschaft unerheblich zu sein, ebenso woher die Gegenstände stammen mit welchen Straftaten verübt wurden. Es ist ein Gebot der heutigen Zeit das unsere Schweizer Polizeicorps mit den weltweit modernsten Mitteln, materiell wie personell, ausgerüstet werden um Straftaten mit modernster Technik begegnen zu können. Für die Gewährleistung der inneren Sicherheit sind die Kantone zuständig und diese müssen ihre Verantwortung, die innere Sicherheit gewährleisten zu können, ausüben und wahrnehmen können. Dies ist Voraussetzung für eine freie Zivilgesellschaft welche der Bundesverfassung, den Verfassungen der Kantone und dem Strafgesetzbuch entspricht.

Gerne möchte ich Sie einladen mein Schreiben an Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zu studieren, welches mit Verteiler an alle Bundesrätinnen und Bundesräte versehen ist und welches als digitale Kopie auf der Webseite www.recht-fuer-buerger.info/index.php/nationalratskandidatur als PDF-Datei abrufbar ist.

Der schöne philosophische Satz „Ich bin zwar ganz anderer Meinung als Sie. Aber ich werde mein Leben einsetzen dass Sie ihre Meinung frei vertreten dürfen.“ gilt für jeden anständigen Politiker. Voraussetzung für eine Demokratie ist es mit Exekutivmitgliedern zusammen zu arbeiten welche eine andere Meinung vertreten. Weil diese mit Mehrheitsbeschluss von den Stimmberechtigten gewählt wurden.

Werden Verfassungen und Recht gebrochen ist dies keine politische Meinungsdivergenz. Es sollte in einem Rechtsstaat nicht vorkommen dass der Rechtsstaat nicht mehr funktioniert. Der Bundesrat hat nicht nur gemeinsam, mit Mehrheitsbeschluss, Entscheidungen zu treffen, er trägt auch gemeinsam die Verantwortung für seine Handlungsweise. Im Besonderen wenn ein Bruch von Bundesverfassungen und Gesetzen vorliegt und das Kollegialitätsprinzip von allen Bundesräten höher gewichtet wird als ein Bruch von Verfassungen und Gesetzen. In der gegebenen Situation einzelne Bundesräte zu ersetzen kann das Problem unmöglich lösen. Hält der Bundesrat am Status quo fest empfehle ich der Vereinigten Bundesversammlung anlässlich der kommenden Bundesratswahlen alle Bundesrätinnen und Bundesräte abzuwählen und durch sieben neu zu wählende Bundesrätinnen und Bundesräte zu ersetzen welche gewillt sind, die erforderliche Verordnung zu erstellen und damit Verfassungen und Recht zu achten und zu schützen.

In einer Thematik wie der vorliegenden wo ein rechtliches Problem juristisch unmöglich gelöst werden kann ist die zuständige oberste Gewalt im Bunde - die Vereinigte Bundesversammlung - in der Verantwortung, Verfassungen und Recht zu schützen. Es ist eine tiefgreifende Entscheidung welche Sie am 9. Dezember 2015 zu fällen haben. Bundesverfassung Art. 157 weist der Vereinigten Bundesversammlung die Entscheidungskompetenz zu.

Mit kritischer Geisteshaltung am 9. Dezember 2015 in den geheimen Wahlgängen staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen und mit mutiger Entscheidung für die Grundwerte unseres Landes einzustehen, darum ersuche ich Sie mit diesem persönlichen Aufruf.

Mit freundlichen Grüßen



Roy Erismann
Nationalratskandidat 2015

Öffentlichkeit

Eine digitale Kopie dieses Schreibens wird der Webseite www.recht-fuer-buerger.info hinzugefügt und veröffentlicht.